

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 28. Oktober 1920, Nr. 346.

Kartoffelabgabe. Freitag bis Sonntag werde im 4. Bezirksmündische Kartoffel zum Preise von K 7.20 per kg und zwar 2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschneittes „10“ ausgegeben.

Neue Straßenbezeichnungen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat die durch die Kleinwohnungsbau-Schmelz neu entstandenen Verkehrsflächen wie folgt benannt: 1.) Argentinergasse auf Anregung des Bürgermeisters Reumann in Würdigung der durch Argentinien für die notleidende Bevölkerung Wiens gewidmeten Millionenspende. 2.) „Mareschgasse“ bzw. „Mareschplatz“ nach dem Hofrat Dr. Rudolf Maresch, der sich auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge erfolgreich betätigt hat.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Oktober 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß gespendet haben: Herr A. Korden in Föllertön, Kalifornien, für arme Kranke Kinder Wiens K 32.000.--

Ein unbekannter Spender zugunsten der Kinder des III. städtischen Waisenhauses K 1000.--

Eugen Benda, Wien, VI. für die Armen Wiens 400 K.--

Chaim Drux, Wien, für die Armen Wiens K 200.--

Ishtar Mediansky, Kaufmann, Wien, VIII., für die Armen Wiens K 100.--

Der am 26. April d.J. verstorbene st. Baurat Ignaz Schneider für die Armen des 4. Bezirkes K 200.--

Die Herren GR. Richard Schmitz und Genossen haben einen Antrag wegen Verlegung der Haltestelle Ungargasse - Depontegasse eingebracht. Ich habe diesen Antrag der Direktion der städtischen Strassenbahnen zur Berichterstattung zugewiesen.

Der Bürgermeister teilt sodann mit, dass mit Ausnahme des Punktes 5 der Tagesordnung und des Punktes 15, der als Hundertstück auf jedenfalls referiert werden muss, niemand zum Wort gemeldet ist, Post 1 bis 14 mit Ausnahme der Post 5 also als genehmigt erscheinen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung des Aktienkapitals der ersten Wiener Walzmühle Vonwiller & Co. A.G.

Das Referat Breitners folgt am nächsten Bogen.

GR. Zimmerl (christl.-soz.) erinnert an das Versprechen, dass der Finanzreferent seinerzeit namens der Mehrheit im Plenum abgegeben, städtische Unternehmungen weder zu verpachten noch zu verkaufen. Man hätte nicht geglaubt, dass schon nach so kurzer Zeit ein solch färmliches Gelöbnis verletzt und gebrochen werden wird. Hier wird Gemeindeigentum direkt verschleudert. Als die Frage der Erhöhung des Aktienkapitals der Vonwiller Mühle in der Verwaltung auftaucht, habe der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeindevertretung sich an einer Aktienerhöhung nicht beteiligen werde. Das war eine Eigenmächtigkeit des Bürgermeisters, in diesem Stadium hätte der Gemeinderat unbedingt befragt werden müssen. Da dies nicht geschah, sei also nicht der Gemeinderat, sondern die Majorität für die ganze Transaktion verantwortlich. Aus der Haltung des Bürgermeisters ergeben sich ganz entsetzliche Folgen. Während die Vonwiller Mühle früher als eine Anstalt der Gemeinde bezeichnet werden konnte, da die Gemeinde ja mit 60% beteiligt gewesen ist, begnügt sie sich jetzt mit 18%, wir verzichten demnach auf 22% und auf den Ueberwert, den diese 22% heute darstellen. Die Liquidation der Mühle hätte nicht unbedingt das Auflösen des Unternehmens bedeuten müssen, sondern man hätte ja eine andere Form ins Auge fassen können, etwa derart, dass die Gemeinde auf einige % verzichtet und dafür angemessen entschädigt wird. Anstatt dessen wird der ganze aus dem Verzicht sich ergebende Mehrwert der Depositenbank ohne jeden Gegenwert überantwortet. Mit den Gemeindefinanzen muss es sehr traurig bestellt sein, wenn der Herr Referent erklärt, dass man eine Summe von 8 bis 9 Millionen nicht aufbringen könne; wie wird unter solchen Umständen die Gemeinde an die Lösung anderer grosser Fragen schreiten können. Ein zweiter Fehler der Transaktion sei es auch, dass man es verabsäumt, die Mahlprodukte der Mühle für den Wiener Consum zu sichern. Sie sollen wieder für den Export verwendet werden. Was hat denn unter solchen Umständen die Beteiligung der Gemeinde an einer Mühle überhaupt für einen Sinn. Die ganze Sache ist ein gutes Geschäft für die Depositenbank und der Gemeinde bleibt das leere Nachsehen. Kein Wunder, wenn die Christsozialen angesichts einer solchen Wirtschaft zu der Verwaltung der Mehrheit kein Vertrauen haben. Ueber einen wichtigen Punkt habe sich der Finanzreferent vollständig ausgesprochen. Wir hörten seinerzeit viel von einer städtischen Brotfabrik, deren Grossaktionärin die Gemeinde Wien

wohl nicht direkt, aber doch indirekt ist, weil sie Grossaktionärin der Vonwiller Mühle ist. Nach der Transaktion wird aber auch die Depositenbank gleichsam Eigentümerin der städtischen Brotfabrik werden, und es geht der Gemeinde dann der ganze Mehrwert aus der Brotfabrik verloren, d.h. beiläufig 10 Millionen (lebhaftes Hört-Hört-Rufe bei den Christsozialen). Schliesslich wird der Buchhalter der Depositenbank aus der famosen Transaktion mit der Gemeinde Wien einen Gewinn von 25 Millionen buchen können. Nebenteil: Sei auch erwähnt, dass einige hundert Arbeiter und Beamte einer grosskapitalistischen Privatindustrie überantwortet werden, ~~ausser Acht~~ dass die Mehrheit sich also just einen der skrupellosesten Privatmacher ausgesucht hat, was für die Sozialdemokraten, die sich immer als antikapitalistische Partei geben, sehr bezeichnend ist. Aus all den angeführten Gründen erklärt Redner namens seiner Partei, dass sie jede Verantwortung ablehnen und gegen die Anträge stimmen werde.

GR. Dr. Pollak (jüdisch-national) bestreitet das Recht des Verwaltungsrates auf Aufnahme des Angebotes ohne die Entscheidung des Gemeinderatesvorher einzuholen. Was die Vorlage selbst anbelange, wisse man vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, die Anträge des Referenten unbedingt unterstützen, da es ein grosser Fehler für Wien wäre, die Mühle zu liquidieren, wenn auch bei einem Verkauf auf Abbruch ein grosser Gewinn für die Gemeinde zu erzielen gewesen wäre. Deswegen ist es auch nicht gut zu heissen, der Depositenbank das Unternehmen so billig anzubieten und damit dem Konsortium ein Geschäft zu überlassen, dessen Gewinn in die vielen Millionen geht. Es wäre jedenfalls besser gewesen, das Unternehmen als solches um seinen jetzigen wirklichen Wert zu verkaufen und aus dem Erlöse eine moderne Dampfmühle zu erbauen. Er stellt daher den Antrag auf Rückverweisung des Referates, um mit dem Syndikate neue Verhandlungen aufzunehmen. Der Rückverweisungsantrag wird mit 46 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

GR. Rotter (christl.-soz.) bemängelt die Vorlage im letzten Monat, wendet sich gegen das Aufgeben der Mehrheit in der Mühle und die Auslieferung an das Grosskapital. Er fordert gute Handelsverträge, damit der Getreidekauf im Auslande möglich ist.



Er weist darauf hin, dass die Gemeinde Wien im Jahre 1916 bei der Umwandlung der Walzmühle in eine Aktiengesellschaft sich mit 60% der Aktien daran beteiligt habe und 9000 Aktien mit einem Nominalbetrage von 1.8 Millionen Kronen übernommen hat, während der Restbetrag von 2 Millionen von den Gesellschaftern Heintschel & Streit erworben wurde. Schon während der Kriegsjahre und noch mehr nach dem Zusammenbruche wurde die Mühle vor eine völlig neue Situation gestellt. Im Kriege hat die Mühle als Kontraktmühle für die Kriegsgetreideverkehrsanstalt bearbeitet und konnte sich trotz maschineller Rückständigkeit behaupten. Immerhin sei ein Rückgang der Beschäftigung bei der Leistungsfähigkeit von täglich 25 Waggon der Mühle von rund 7000 Waggon im Jahre 1916/18 auf rund 4000 Waggon im Jahre 1919/20 zu verzeichnen. Die nun von der Regierung geplante Neuregelung der staatlichen Getreidebewirtschaftung, die den Mühlen den freihändigen Einkauf von Getreide überlassen will, stelle das Unternehmen vor neue Aufgaben. Die Ursachen des Beschäftigungsrückganges sind die masserasantlich schlechte Getreideablieferung, die es bewirke, dass nach wie vor am wenigsten Getreide kommt und der Zwang bei den Einkäufen im Ausland in der Richtung, dass man nehmen müsse, was uns auf Kredite und für unsere schlechte Krone zugewiesen werde. Das Ausland habe eben Interesse daran, uns Mehl zu liefern, weil es seine eigene Mühlenindustrie beschäftigen will und weil es die Abfallprodukte für seine Landwirtschaft behalten will. Da nun die Regierung an die Mühlen herangetreten ist, das Getreidefrei einzukaufen und ihre Kreditfähigkeit auszunutzen, so zeigt es sich, dass die maschinellen Einrichtungen rückständig sind und auch nur halbwegs ausreichendem dass von einem Betriebskapital keine Rede sein kann. Nach den Vorschlägen, die von der in erster Linie in Betracht kommenden Firma Amme, Giesecke und Koenig in Braunschweig für die Durchführung der maschinellen Ausgestaltung eingeholt wurden, ergebe sich ein Kostenaufwand von 30 Millionen Mark. Hierzu kommen noch die Auslagen für Fracht, Zölle und Montage, so dass nach dem heutigen Marktkurse mit einem Aufwand von etwa 200 Millionen Kronen

gerechnet werden müsse. Wenn noch gewisse erforderliche Bauten, die Wäscherei, Gas Trockenanlage, Mehlmagazine, etc. in Betracht gezogen werden, so werden sich die Kosten für die Gesamtinvestition von 200 bis 250 Millionen wegen. Das zu leisten sei weder die Ge-

meinde noch die anderen Aktieninhaber in der Lage, und wenn es die Gemeinde tun könnte, so wäre es bei derart hohen Investitionskosten noch fraglich, ob das auf die Dauer ein erträgliches Geschäft wäre. Es bestehe daher die Notwendigkeit, schon in einer ganz kurzen Frist den Betrieb zu liquidieren. Hierbei unterliege es keinem Zweifel, dass sich gegenüber dem Buchwerte ein erheblicher Gewinn ergeben würde. Wenn auch heute stellen nicht festzusetzen sei, wie gross der Erlös sein würde, so sei doch sicher, dass wenn die Maschinen als altes Eisen verkauft würden und die Baulichkeiten nur mit dem Demolierungswert der Ziegel berechnet würden, sich ein schöner Liquidationsgewinn ergeben würde. Die Lage der Gemeinde sei allerdings eine solche, dass ihr ein solcher Zuschuss von Geldern erwünscht sein könnte. Aber der Standpunkt diesen Liquidationsgewinn erzielen zu wollen, wäre ein und da dies mit dem völligen Verschwinden eines Industrieunternehmens erkauft werden müsste.

Der Verwaltungsrat der Mühle hat nun alle Anstrengung gemacht einer solchen Liquidation auszuweichen und sich bemüht Investitions- und Betriebskapital zu suchen, das im Inlande nicht gesucht werden konnte. Es wurden Verhandlungen mit ausländischen Kapitalisten geführt. Mit der vollständigen Durchführung des Bau- und Investitionsprogrammes kann nun nach den geführten Verhandlungen mit 31. Dezember 1923 gerechnet werden. Ein Vorteil ist dabei auch wenn eine Besserung nur von 2 auf 4 Centimes darin gelegen, dass die Investitionskosten nicht 250 sondern 125 Millionen Kronen betragen. Es wurden Abmachungen getroffen, dass der Investitionskredit in Schweizer Franken, der Betriebskredit in französischen Franken gegeben wird, letzterer in einem Ausmass von 10 Millionen Kronen, was nach dem jetzigen Stande der Valuta auf 250 Millionen Kronen ausmacht.

Es fliessen also über 500 Millionen Kronen in ausländischer Valuta der Mühle zu.

Es ist das Schicksal der Besiegten, dass das Ausland sich in seinen Industrien festzusetzen sucht. In diesem Falle aber ist ein Unterschied im Vergleiche zu anderen gelte. Wenn das ausländische Kapital bei der alpinen Montangesellschaft sich durch börsenmäßige Ankäufe die Mehrheit der Aktien gesichert hat, so ist für diese Unternehmungen eine Gewähr und kein Schutz geboten. In dem Falle der Walzmühle aber wird ein Zwang in der Richtung ausgeübt, dass das ausländische Kapital die ganze Anlage neu gestalten und auch ein Interesse daran haben müsse, dass die Mühle dauernd beschäftigt werde. Es ist

richtig, dass das fremde Kapital an dem heute möglichen Liquidationsgewinne teilhaft werde. Dafür aber habe es auch das ganze Risiko der Automatisierung und Elektrifizierung der Mühle zu tragen. Nur auf diese Weise konnte verhütet werden, dass es nicht zu einer Liquidation kommt, und so wird Wien ein modernen Betrieb haben, der Beschäftigung für Arbeiter und ein Steuerobjekt für die Gemeinde bietet. Das vernahlene Getreide wird in aller erster Linie der Provisionierung Wiens zugute kommen und die Mühle wird auch bestrebt sein, sich im Veredlungsverkehr zu betätigen, um immer wieder fremde Valuta zu erhalten und unausgesetzt Getreide importieren zu können. Die Vertreter der Gemeinde in der Vonwiller Mühle haben daher ihrer Anschauung einmütigen Ausdruck gegeben, dass die Transaktion im Interesse der Gemeinde gelegen ist und dass alles aufgeboten werden müsse, damit der Betrieb nicht in Liquidation gehe, sondern erhalten bleibe.

+ + +

Fortsetzung des Berichtes.

DR. Feldman (deutschnational) bemerkt, der Referentenantrag müsse jeden befrieden, der in der letzten Zeit die Parteipolitik der Sozialdemokraten verfolgte. Sie sind überall für die Sozialisierung eingetreten, und nun wollen sie ein sozialisiertes Unternehmen fremden Händen übergeben. Noch dazu ausländischen Kapitalisten. Sie bekämpfen das inländische Industriekapital und versuchen es vollständig auszurotten, während sie vor dem Auslandskapitalisten eine tiefe Verbengung machen. Wenn die Mehrheit weiter so wirtschaftete und die besten Wertobjekte veräußerte, werde die Gemeinde Wien den Kredit gänzlich einbüßen. Redner erklärt gegen die Anträge stimmen zu müssen.



Der Referent verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die christlichsozialen Vertreter der Gemeindefabrik von Wille Mühle A.G., und zwar die Herren Dr. Weisskirchner, VB. Hoss und Regierungsrat Schmid einmütig diesen Vorschlägen ihre Zustimmung gegeben haben. Am 23. Oktober hat Dr. Weisskirchner in der Generalversammlung der Willemühle dem Bürgermeister Reumann den Dank für diese Lösung ausgesprochen. Gegenüber den erhobenen Vorwurf, dass bessere Bedingungen erzielt werden sollen, müsse der Referent folgendes mitteilen: Er habe am 22. Oktober den Herren VB. Hoss und Regierungsrat Schmid von den Bedingungen Kenntnis gegeben, die im Syndikatstollen wolle. Beide Herren haben erklärt, dass sie nicht glauben, dass die Depositenbank die harten Forderungen annehmen werde. Wenn es doch gelänge, dann sei die Gemeinde zu beglückwünschen. Es wolle aber um Gotteswillen der Bogen nicht überspannt werden, denn sonst sei die Mühle unfähig zur Liquidation verurteilt. Am Montag hat in der Finanzausschuss-sitzung die christlichsoziale Minderheit im Gegensatz hierzu die Oppositionsstellung bezogen, am Dienstag im Stadtsenat aber ohne dass auch nur ein einziger Redner sich zu Wort gemeldet oder ein Änderungsantrag gestellt worden sei, der Vorlage einmütig zugestimmt. Heute Donnerstag wird von denselben Christlichsozialen der Vorwurf eines Verrates der Gemeindeinteressen durch die Sozialdemokraten erhoben. Mit einer Partei, die innerhalb einer Woche viermal die Meinung gewechselt hat, sei eine sachliche Polemik unmöglich. Referent stellt schliesslich fest, dass diese Vorlage gewiss nicht zu einer angenehmen Gehör und dass insbesondere nicht für einen Sozialdemokraten leicht sei, ihr zuzustimmen, da ein Betrieb, an dem die Gemeinde bisher mit 60% vom Kapital beteiligt gewesen sei, nunmehr in fremde Hände übergehe. Das sei aber die unvermeidliche Folge des Krieges und des Zusammenbruchs. Immerhin sei aber diese Lösung der sonst drohenden Liquidation, also dem völligen Verschwinden der Mühle vorzuziehen. Mit der Annahme dieses Referates gewinne Wien die grösste, modernste und leistungsfähige Mühle in Oesterreich, was für die Approvisionierung sowie vom Standpunkt der Steuerleistung von grosser Bedeutung sei.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass Organe des Gemeinderates mit der Sache erst im Finanzausschuss befasst worden sind. Die Verwaltungsräte müssen eine solche Frage vom Standpunkte des Unternehmens würdigen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Rufer: Das sind doch Vertreter der Gemeinde Wien!) Ich gebe Ihnen recht, dass das System der gemischtwirtschaftlichen Betriebe an einem solchen Mangel krankt. Der Fall mag als ein lehrreiches Beispiel für die Nachteile gemischtwirtschaftlicher Betriebe gelten. Im Finanzausschuss hat Kollege Zimmerl dieselben Bedenken vorgebracht, die er heute ausgesprochen hat. Die Mehrheit hätte diese Bedenken sachlich würdigen können, das ist aber nicht geschehen. Die Frage sollte erst in unserem Klub diskutiert werden, damit man dazu offiziell Stellung nehmen kann. Dazu war aber keine Zeit mehr. (Rufer bei den Sozialdemokraten: Das ist aber eine sehr nette Entgegnung!) GR. Breitner ruft: Die Tantiemen-Jäger, Hoss, Weisskirchner und Schmidt. Dr. Kienböck: Das ist sehr billigt! GR. Breitner: Das hat Dr. Kienböck so dargestellt! Dr. Kienböck: Das ist unwar! VB. Hoss: Der Herr Referent hat mir wohl den Entwurf gezeigt und ich habe darüber meine persönliche Ansicht ausgesprochen, dass der Antrag nicht schlecht ist. Das geschah unter dem Eindrucke der Verwaltungsratsitzung, wo der Bürgermeister selbst erklärte, dass die Gemeinde Wien sich mit Kapital nicht beteiligen könne. Ich habe also meine persönliche Meinung geäussert, mit meinen Kollegen konnte ich früher nicht sprechen. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Aber Ihre Meinung war gut! Hauptsache ist, Euch halt die Agitation!)

Bei der Abstimmung wird ein Antrag Dr. Pollak's auf mündliche Verhandlungen mit den Arbeitern wegen Veräußerung des ganzen Aktienbesitzes der Gemeinde an der Mühle abgelehnt und die Referentenanträge unverändert angenommen.

Nach einem Referate des GR. Rudolf Müller wegen Verkaufes von städtischen Pflastersteinen zu gemeinnützigen Zwecken wird die öffentliche Sitzung geschlossen.